

Saale-Zeitung.

Anzeigen
 werden die Spaltenzeile oder beim
 Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
 20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
 von deren Annahmestellen und allen
 Annahmestellen angenommen.
 Bekleben die Seite 75 Pf.
 Erscheint wöchentlich zweimal,
 Sonntag und Montag einmal,
 sonst zweimal täglich.
 (Der Abdruck anderer Original-Artikel
 ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
 Nr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
 zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch
 die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
 gebühren. Bestellungen werden von allen
 Postämtern angenommen.
 Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß
 unter Nr. 6558 eingetragen.
 Für die Redaktion verantwortlich:
 Max Schorer in Halle.
 Schriftführer von 109, 112, 118.
 (Verantwortl. Redaktions Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Nr. 471. Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 8. Oktober 1902. 1902.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Viertel-
 jahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von
 der unterzeichneten Expedition und den bekannten Aus-
 gabestellen, unangefordert angenommen. Der vierteljährliche
 Abonnementspreis beträgt bei allen kaiserlichen Post-
 anstalten 3,25 Mark, bei unseren Expeditionen 2,50 Mark
 bei täglich einmaliger, 2,75 Mark bei zweimaliger Zu-
 stellung. Der monatliche Abonnementspreis beträgt
 1,09 Mark bei der Post, bei der Expedition 0,85 Mark
 bei einmaliger, 1 Mark bei zweimaliger Zustellung.

Die Expedition.

Die französische Wehrfähigkeit.

Im Hinblick darauf, daß Regierung und Kammermehrheit
 in Frankreich die zweijährige Dienstzeit zur Durchführung
 bringen wollen, ist die Statistik der Wehrfähigen von
 besonderem Interesse, da ja natürlich die zweijährige Dienst-
 zeit in hohem Grade von der Zahl der Wehrfähigen und
 Wehrfähigen abhängig ist. Diese Statistik ergibt nun eine
 rückwärtige Abnahme der Wehrfähigen im letzten
 Jahrzehnt. Vom Jahre 1893 bis zum Jahre 1897 war
 die Zahl der Wehrfähigen noch ziemlich stabil, wenn auch
 die Schwankungen der Magneten bereits nach unten
 zeigten, sie betrug zwischen 344.000 und 338.000, so daß
 in diesen fünf Jahren die Abnahme durchschnittlich 1200 per
 Jahr ausmachte. Seit dieser Zeit aber ist es rapide ab-
 wärts gegangen, denn 1899 waren nur noch 325.000, 1900
 noch 314.000 und im vorigen Jahre nur noch rund
 300.000 vorhanden, so daß die Abnahme binnen vier
 Jahren 38.000 ausmachte, mithin pro Jahr 10.000 Mann,
 also um das Achtefache mehr, als in dem vorangehenden
 Jahrzehnt.

Diese starke Abnahme kann unmöglich allein auf die
 Bevölkerungsverhältnisse zurückzuführen sein, denn die fran-
 zösische Bevölkerung hat im letzten Jahrzehnt immer noch
 wenn auch freilich nur in minimaler Weise und nur mit
 Rücksicht auf den Einfluß der Einwanderung über die Aus-
 wanderung — also nicht auf dem natürlichen Wege des
 Geburtenüberschusses — zugenommen, und im voran-
 gegangenen Jahrzehnt, dessen Ziffern ja bei der Aushebung
 vor allem in Betracht kommen, war die Zunahme sogar
 noch etwas größer. Daraus ergibt sich mit Notwendig-
 keit, daß ein qualitativer Rückgang der männlichen Be-
 völkerung Frankreichs eingetreten sein muß, was um so
 zwingender erscheint, als die Anpflichtung an die Tauglichkeit
 nicht etwa herabgesenkt, sondern eher herabgedrückt
 worden sind.

Dies führt zu, so erscheint die Einführung der zwei-
 jährigen Dienstzeit in Frankreich aus einem doppelten
 Grunde schwer durchführbar zu sein. Zunächst nämlich er-
 fordert die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit,
 vorausgesetzt, daß man die Friedensstärke des Heeres nicht
 herabsetzen will, naturgemäß eine höhere Ziffer der alljähr-
 lichen Rekruteneinstellung. In Deutschland ließ sich dies
 durchführen, weil eine mehr als ausreichende Zahl von
 Wehrfähigen vorhanden war und diese Zahl in ab-
 sehbare Zeit von Jahr zu Jahr nur noch immer zunehmen
 wird. Wie aber will man in Frankreich mit einer Ver-
 minderung der Zahl der Wehrfähigen eine Vermehrung
 der Zahl der Rekruteneinstellung in Einklang bringen.

Zum zweiten erfordert die Durchführung der zweijährigen
 Dienstzeit eher eine gesteigerte als eine geminderte physische
 Leistungsfähigkeit der Mannschaften. Wenn die Soldaten
 in zwei Jahren das erlernen sollen, was ihnen früher in
 dreien beigebracht worden ist, so müssen sie stärker heran-
 gebildet werden, wobei nicht nur an ihre Auffassungsfähig-
 keit, sondern auch an ihre körperliche Leistungsfähigkeit
 größere Anforderungen gestellt werden. Zwei Jahre strammes
 Dienstes legen eine größere körperliche Widerstandskraft
 voraus, als drei Jahre mäßigeren Dienstes. Ist nun aber
 tatsächlich eine körperliche Degeneration der männlichen
 Bevölkerung eingetreten, so läßt sich damit ein verstärkter
 Dienst schwer in Einklang bringen, um so mehr als das
 nämliche Alter, besonders in Sidfrankreich, ohnehin bei
 Marsch- und Gefechtsübungen und die Strapazen schwerer
 erscheinen läßt, als das höhere Alter in Deutschland.
 In diesen künftigen Erwägungen der Durchführung der
 zweijährigen Dienstzeit in Frankreich kommt nun noch ein
 innerer Grund von großer Tragweite. Je kürzere Zeit ein
 Soldat hat, sich an die militärische Disziplin zu gewöhnen,
 desto gefestigter muß die Disziplin in der Armee sein.
 In der deutschen Armee braucht dieser Grund glücklicher-
 weise die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht zu
 verbinden. In Frankreich aber sehen wir, wie die
 Disziplin im Offizierscorps von Jahr zu Jahr mehr in die
 Brüche geht. Haben sich doch im August zwei Offiziere
 direkt geneigert, die mit der Schließung der geistlichen
 Schulen in Verbindung stehenden Anordnungen ihrer Vor-
 geleiteten zu befolgen, so daß sie vom Fiede weg verbannt
 werden mußten. Wenn aber der Soldat sieht, wie hoch-
 gestellte Offiziere ihren Vorgesetzten den Gehoriam ver-
 weigern, dann kann man nicht gut erwarten, daß ihm das
 Befehl der unbedingten militärischen Unterordnung in
 Fleisch und Blut übergeht.
 So erscheint aus äußeren wie inneren Gründen Frank-

reich an der Grenze seiner militärischen Leistungsfähigkeit
 angelangt zu sein und die Durchführung der zweijährigen
 Dienstzeit bedeutet alsdann die Überforderung dieser Grenze
 auf dem Wege zum Abgrunde. Wir beifügen nicht die Gut-
 mütigkeit des General-Obersten v. Los, daß wir darüber
 Bedauern empfinden.

Deutsches Reich.

Ges. und Personalnachrichten.

Der Kaiser ist gestern mittag 12^{1/2} Uhr unter Saluti-
 schützen in Königsberg i. Pr. einetroffen und ließ sich im
 Fährtenzimmer des Bahnhofs gleich nach der Ankunft Vortrag
 über die geplante Königstour halten. Er hat freiheitlich
 Coburg über der Kaiser im offenen zweijährigen Wagen durch
 die Kaiserstraße, Meißnerstraße und über den Steins-
 damm nach der Kaserne des Grenadier-Regiments Königin
 Elisabeth I. (2. Thüringisches Nr. 5), zu dessen Chef er sich
 bei seiner Anwesenheit zur Erinnerung an das 200jährige Be-
 stehen des Regimentes beehren erklärt hatte. An dem Frühstück
 in der Kaserne nahmen der Kommandierende General, mehrere
 andere Generale, das Offizierskorps des Regimentes sowie als
 Gast des Kaisers Fürst zu Dohna-Schlobitten teil. Um
 8 Uhr begab sich der Kaiser im offenen Wagen zum Hauptbahnhof,
 von wo er nach Coburg weiterfuhr. Das Wetter ist
 regnerisch.

* Prinz Gisel Friedrich besetzt am 27. d. M. die Uni-
 versität Bonn.

Es wird fortgesetzt.

Nachdem der englischen Presse die Sache bezüglich des be-
 absichtigten Einflusses der Buren generale durch den Kaiser miß-
 lungen ist und nachdem sie die scharfe Zurückweisung, die ihr
 dafür seitens der deutschen Presse zu teil geworden, verwendet
 hat, versucht sie jetzt, ihren Groll gegen Deutschland in anderer
 Form zum Ausdruck zu bringen. Der „Spectator“ veröffentlicht
 nämlich einen Artikel über Deutschlands Bestrebungen
 bezüglich der auswärtigen Politik Englands, in
 dem es heißt:

„Es ist absolut sicher, daß, wie groß auch immer die Allianz-
 gebingungen, von Deutschland ausgehend, sein mögen, würde
 dieses nie auch nur die geringste Gefahr eines Zerfalls laufen
 um seine Ausgebungen auszuführen. Der etwa sich einstellt,
 daß eine Allianz mit Deutschland seine Willkürkraft zu unserer
 Verfügung brächte, täuscht sich ungemein. Deutschland wird
 nur kämpfen, wenn es angegriffen wird, aber nicht wird es
 heranziehen, die Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten zu
 laufen. Demgemäß ist also das einzige, was Deutschland an-
 zubieten hat, sich die Worte für eine Allianz. Aber dieses
 hätte Deutschland in der Vergangenheit sich England gegen-
 über kaum derartig benommen, daß es auf eine Allianz aus-
 drücklicher Reden form, denn des Kaisers Telegramm an
 Krüger und die hinter folgende Erklärung des deutschen Aus-
 wärtigen Amtes, daß die Unabhängigkeit Trans-
 vaals Deutschland interessiere (?), war gewiß nicht
 dazu angethan, sich den Dorn der englischen Nation zu ge-
 winnen. Selbst hätte aber die Stellungnahme Deutschlands
 während der Salisbury-Krisis. Deutschlands offizielles
 Verhalten während des Krieges und das unzufriedene Benehmen
 seiner Presse, die so sich nicht nach der Kontrolle richtete,
 die Regierung anzuhe, gewiß nicht dazu beigetragen,
 die Freundschaft beider Völker fester zu fassen.
 Dazu komme die Haltung der Regierung des Kaisers, die
 in den englischen Beziehungen mit Hindenburg und Götta weiter
 nichts als den gegen provocator gebietet habe, die gleiche
 Rolle, die sie im spanisch-amerikanischen Kriege gespielt habe.
 Aber auch forme vor allem die Art und Weise, wie die
 Frage des Empfanges der Buren generale durch den
 Kaiser in Deutschland behandelt worden ist. Alle diese Gründe
 bilden ein genügend Grund, die Freundschaftsbeziehungen
 Deutschlands zurückzuführen, ohne vom Kaiser undank-
 bar genannt zu werden.“

Der von dem falligen Grund, daß Deutschland sich um die
 Freundschaft Englands reise und ein Schutz- und Trutzbündnis
 mit ihm eingehen wolle, ausgehende Verfasser des Artikels
 bemerkt schließlich: „Es ist uns höchst wichtig, daß der Kaiser
 dies weiß und sich klar wird, daß er in England nicht nur die
 Sympathie eines Königs gewinnen müsse, noch eines ganzen
 Kabinetts, sondern das Vertrauen des englischen
 Volkes.“ Was schon sein, aber der Kaiser weiß auch, daß das
 Vertrauen des englischen Volkes in gewissen Dingen das des
 deutschen Volkes abschließt, und diese Tatsache wird schließlich
 doch wohl für ihn entscheidend sein.

Politisches.

* Während es einer Berliner Meldung zufolge gestern hieß,
 es stehe jetzt fest, daß die Buren generale beim Kaiser
 eine Audienz haben werden, meldet der Berichtsblätter des
 „Daily Tel.“ in Brüssel, wie die Generale zur Zeit weilen,
 nach London, die Generale hätten noch keine Aussicht auf
 britische Gastfreundschaft in Berlin um eine Audienz beim Kaiser
 gerichtet. Die endgültige Entscheidung hierüber würde erst in
 Berlin gefaßt werden, wo die Generale wohlgeachtet eine
 Unterredung mit dem britischen Botschafter Paolles haben
 würden. Auf den Ausgang der Affäre dürfen wir Deutsche
 mit Recht gespannt sein.

* Ueber die Werbung der vakanten Oberpräsidenten
 stellt sich der „Samb. Korresp.“ genau orientiert; er will aber
 seine Informationen noch nicht mitteilen, weil „vorgelegte“
 Anspornungen von Ernennungen oft das beste Mittel sei, den
 Kaiser zu bestimmen, eine andere Wahl zu treffen.“
 Geheimnisvoll sagt das Bestehende.

* Wir können nur das sagen, die neuen Oberpräsidenten
 werden nicht aus den Reihen derjenigen Parteien entnommen
 die trotz aller Opposition zur Regierung in den
 wichtigsten Fragen an dem Glauben festhalten, daß sie die
 gegebenen Anwärter für alle wichtigen Staatsstellungen
 sind.“

„Die Wochsicht hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ —
 Gegenüber der Meldung der „Wochsicht“, daß der Oberpräsi-
 dent von Polen v. Bitter zum Nachfolger des verstorbenen Ober-
 präsidenten von Götter in Danzig auszuwählen sei, während das
 Wiener Oberpräsidium dem Staatssekretär Grafen v. Posa-
 dowsky übertragen werden soll, erklärt übrigens das „Woch-
 Tagebl.“, daß es sich dabei um eine ganz willkürliche Ver-
 mutung handelt, die jeder tatsächlichen Unterlage entbehre.
 In die Erwiderung der Berichterstattung sei man amtlichstets
 überhaupt nicht eingetreten.

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meidet, sie könne bestätigen, daß
 die Neuertelung durchaus unangebracht sei, wovon auch der
 Bericht des Reichsanwalts in Berlin in Konkretem den
 Minister der größeren Bundesstaaten über den Zolltarif
 stattdessen sollen.

* Soweit die „N. L. C.“ hört, werden die Vertreter der ver-
 schiedenen Regierungen bei der zweiten Sitzung der Zoll-
 vorlage im Reichstage den von ihnen in der Kommission ver-
 treteten Standpunkt unentwegt festhalten. — Wenn sich die
 „N. L. C.“ nur nicht etwa verhört hat! Schlimm wäre's
 freilich.

* Von der süddeutschen Agrarabmaggie wird nach dem
 Muster des famosen „Völkerrath“-Artikels des sächsischen „Waters-
 land“ die scharfmalerei gegen die Träger der Krone und
 ihre verantwortlichen Rathgeber munter fortgesetzt. Die „Neue
 Bayer. Volksztg.“, das Organ des bayerischen Bauernbundes,
 schreibt neuerdings:

„Die Bündler sind gefährlicher als die
 Sozialdemokraten. Diese Verheerung kam mit
 dem Kaiser und jetzt, wie schrecklich der Verlust von seinen
 Rathgebern unterrichtet wird. Die erklärten Feinde des
 Staates und der Monarchie sind dem Kaiser lieber als die
 Landwirthe, welche die Schladten seines Grobvolkes und
 seiner Vöthen geschlagen, das Haus Sozialpolitik und den
 preussischen Staat groß gemacht haben.“

Auch die bayrischen Minister v. Nibel und Graf Crails-
 heim werden wegen ihrer angeblichen Hinneigung zu ver-
 unzulässigen Copirbüchsen Handbitter“ gefürcht auf Kom ge-
 nommen. Gegen letzteren läßt folgende Denunziation: „Dieser
 hat seiner mit der obigen kaiserlichen Verheerung
 übereinstimmenden Ansichtung dadurch Ausdruck gegeben,
 daß er zu seiner Tafel alle Fraktionen des Finanzauschusses
 der Abgeordnetenkammer einlad, auch die Sozialdemokraten,
 mit Ausnahme der Bündler.“ Hine Alas incrimato. Dar-
 über also auch der Lobeshymnus, den dieses Blatt vor einigen
 Wochen auf die republikanische Staatsform ausstimmte.

* O Jorum... o quas mutatio rerum! Die „Deutsche
 Tageszeitung“ hatte gestern dem Schlußsatz des „wichtigsten
 Teilansatzes“ des Herrn v. Frege die etwas boshafte
 Note angehängt: „Die letzte Bemerkung entbehrt uns der
 Verpflichtung, uns politisch mit diesen Verengerungen zu befassen.
 Wir können täglich auch unter vielen das Urteil überlassen.“
 Wer etwa 14 Tagen hatte dieselbe „Deutsche Tagesztg.“
 anlässlich nehmen müssen, sich gegen gewisse Quereintritten in
 dem Wahlkreis des Herrn v. Frege zu wenden — die Anti-
 semiten möchten das Reichstagsmandat des Herrn v. Frege aus
 Herrn Döwob Zimmermann anwenden — und zum Schluss zur
 Beilegung der Differenzen den Vorschlag gemacht: „Am ein-
 fachsten wäre die Frage gelöst, wenn sich der bisherige
 Abgeordnete entziehen wollte, so damals eine Kandidatur
 zu übernehmen.“ Wo wohl das Organ des Bundes der Land-
 wirthe diese „Lösung“ der Kandidatenfrage jetzt auch noch als
 die „einfachste“ betrachten mag?

Wohlfahrtsstatistisches.

* Die Berliner Handelsminister des Handelsministeriums
 zu erörtern, er möge unterstellt neben der vom Landwirthschafts-
 minister veranfaßten Comite eine Untersuchung über die Verände-
 rung der Reichsbevölkerung durch Zuzüge der preussischen
 Handelsstädter und diesen gleichgestellten Korporationen in die
 Wege stellen.

* Auf seiner Reise durch Westfalen traf gestern vormittag der
 Handelsminister Müller, begleitet von dem Oberbergbauamt
 v. Bellen und dem Bergbaupräsidenten Tagelitzsch, auf der
 Reize Schamrock bei Serne ein, wurde unter Führung des
 Direktors Bergath Wehrns in die Grube hinab und beiläufig
 namentlich die Verleihungsbilanzen. Am Nachmittag besichtigte
 der Minister die Vertheile in Serne.

Stärke und Ehre.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ erklärt die Wittermeldungen
 für unwichtig, die Regierung habe in verschiedenen Orten die
 Errichtung städtischer Mädchenrealgymnasien ge-
 nehmigt. Es ist auf Antrag der Magistrate von Charlotten-
 burg und Schöneberg lediglich gestattet, dort den hiesigen
 höheren Mädchenschulen unter bestimmten Bedingungen
 veranschaulicht lehrstufliche Lehrkräfte zuzugewinnen, die
 Ziele des Realgymnasiums erreichen sollen. Außerdem ist es
 einem Privatvertrage in Berlin erlaubt, veranschaulicht humanistische
 Lehrkräfte für Mädchen über zwölf Jahre einzustellen. Ge-
 wöhnlich hiesiger Weisheit zu solchen Einschüben ist
 ausgedehnt. Die Unterrichtsverwaltung hält daran fest, daß
 ein Bedarfs für die Errichtung selbständiger Mädchen-
 Gymnasien und Realgymnasien nicht vorliegt. — Natürlich;
 ein Bedürfnis liegt nicht vor, so hieß es stets, wenn man in
 Preußen nicht mit der Zeit mitgehen wollte. Darum hinten
 wir aber auch den übrigen Staaten Deutschlands in vielen
 Städten nach und selber fast immer in kulturellen Fortbewegung.

Verwaltung und Reichspresse.

* Wegen Verleumdung des Kaisers, enthalten in einem
 Leitartikel „Der jüngste deutsche Wittermeister“, wurde der Ober-
 redacteur v. Reigener vom „Volksrecht“ General-Anzeiger“ gefeuert
 vom Landgericht zu zwei Monaten verurtheilt.

